

Die Entwicklung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in ostdeutschen Bundesländern und Berlin. Der Stellenwert von Corona-Krise und AfD-Wählerpotential.

Karl-Heinz Reuband¹

1. Einleitung

Die Veröffentlichung der bundesweiten „Mitte-Studie“ im Herbst 2023 (Zick et al. 2023) ging mit dem medialen Tenor einher, der Rechtsextremismus in der deutschen Bevölkerung hätte in geradezu „alarmierender“ Weise zugenommen. Noch nie zuvor hätte sich der Anteil der Bevölkerung mit rechtsextremen Einstellungen auf einem derart hohen Niveau bewegt. Demgegenüber hatte eine kurz zuvor publizierte Studie des Institut für Demoskopie in Bezug auf den gleichen Zeitraum (2019-2023) keinen Anstieg konstatiert (Petersen 2023). Von keinem Anstieg war ebenfalls die Rede in einer infratest-dimap-Studie, welche die Jahre 2016 und 2023 verglich und konstante Verhältnisse ermittelte (infratest-dimap 2023). Damit erschien die Aussage der „Mitte-Studie“, das rechtsextreme Potential in der Bevölkerung habe stark zugenommen, eher für ein zeitlich stark begrenztes Phänomen und weniger für einen allgemeinen Trend zu gelten (Reuband 2023).

Einer der bemerkenswertesten Befunde, der sich bei der näheren Betrachtung auf der Indikatorebene auftrat, war, dass in der Zeit der Corona-Krise – anders als von vielen Autoren erwartet – rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung nicht zu-, sondern im Gegenteil abgenommen hatten. Und dass diese Einstellungen nach Ende der Corona-Krise erneut an Verbreitung gewannen. Je nachdem, welchen zeitlichen Bezugspunkt man als Ausgangspunkt des Vergleichs setzt – die Zeit vor der Corona-Krise oder die Zeit der Corona-Krise selbst –, erschienen die jüngsten Zahlen entweder als Wiederherstellung früherer Verhältnisse oder als ein Zuwachs rechtsextremer Orientierungen (Reuband 2023).

Dass mit dem Eintreten der Corona-Krise ein vorübergehender Rückgang in der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen stattfand, ist nicht als das Produkt atypischer, zufälliger Ereignisse während der jeweiligen Erhebungsphasen der Umfragen zu verstehen, sondern als ein allgemeineres Muster. Es lässt sich inzwischen ebenfalls durch eine Reihe weiterer Erhebungen aus dieser Zeit belegen (Heller et al. 2022, Harfst et al. 2023). Diese sind allerdings etwas bruchstückhaft, weil nur Ausschnitte des Gesamtgeschehens erfasst sind – etwa nur die Zeit vor und während der Corona-Krise oder die Zeit während der Corona-Krise und

¹ Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

danach (und nicht die Zeit vor, während und nach der Corona-Krise) –, oder weil die Analyse lediglich auf der Ebene einzelner Indikatoren und Dimensionen erfolgt.² Zusammengenommen aber fügen sie sich doch zu einem konsistenten Bild zusammen, das mit den oben genannten Befunden übereinstimmt: Die Corona-Krise hat das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung – wenn auch nur vorübergehend – reduziert.

Die Bundesrepublik stellt in dieser Hinsicht keinen Sonderfall dar. Ein Rückgang entsprechender Einstellungen in der Corona-Zeit lässt sich ebenfalls für die Schweiz und die Niederlande konstatieren. So nahm in der Schweiz (im Jahr 2021 gegenüber 2018) das Ausmaß an Nationalismus, ethnozentrischen Ressentiments und Autoritarismus ab (Baier 2022) und in den Niederlanden (im Jahr 2020 gegenüber 2017) das Ausmaß ethnozentrischer Ressentiments (Muis und Reskens 2022). Inwieweit es ähnlich wie in der Bundesrepublik in der Folgezeit zu einem erneuten Anstieg kam, dazu liegen (bislang) keine Ergebnisse vor.

Aber gelten die für die Bundesrepublik (und andere Länder) beschriebenen Entwicklungen auch für die ostdeutschen Bundesländer? Im Vergleich zu Westdeutschland zeichnen sich die ostdeutschen Bundesländer seit langem nicht nur durch eine größere Verbreitung von Politikverdrossenheit und rechtspopulistischen Ressentiments aus (vgl. u.a. Küpper et al. 2021a:59), sondern ebenfalls durch einen höheren Anteil an AfD-Wählern. Und dieser Anteil ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen, überschreitet in manchen ostdeutschen Ländern den Anteil, den die etablierten Parteien auf sich vereinen.³ Sorgt diese Konstellation

² Die zeitliche Zurechnung wird noch weiter erschwert, wenn der zeitliche Abstand zwischen den Erhebungen besonders groß ist, z.B. wenn nur Daten für die Jahre 2017 und 2020 vorliegen (so bei Heller et al. 2022). Oder wenn Daten nur für die Jahre 2019 und 2021 zur Verfügung stehen und die Dynamik nach Eintritt der Corona-Krise nicht erfasst ist (z.B. Harfst et al. 2023). Oder wenn nur Autoritarismus und nicht auch andere Dimensionen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus erhoben werden. Die bundesweite jährliche Befragungsserie im Rahmen der MOTRA-Studie, welche ein breites Instrumentarium zur Erfassung demokratiefeindlicher und rechtsextremer Einstellungen umfasst und ergänzende Informationen liefern könnte (Brettfeld et al. 2023), beginnt leider erst 2021, erlaubt daher keinen Vergleich mit der Zeit vor Corona, allenfalls längerfristig einen Vergleich der Corona- mit der Nach-Corona-Zeit.

³ In Thüringen lag das AfD-Wählerpotential für die Landtagswahl repräsentativen Bevölkerungsumfragen zufolge im Januar 2016 bei 13,5 %, im März 2019 bei 20,0 %, im Februar 2023 bei 26,0 %, und im Januar 2024 bereits bei 36,0 %. Damit hat sich der Wert fast verdreifacht. Die Gründung des „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) ließ den Wähleranteil der AfD in den Folgemonaten zwar leicht schrumpfen, er erreichte im März 2024 aber immerhin noch 31,0 %. In Sachsen lag der Anteil der Befragten mit AfD-Wahlpräferenz im Oktober 2016 bei 21,5 %, im April 2019 bei 25,0 %, im März 2024 bei 34,0 %. In Mecklenburg-Vorpommern lagen die Zahlen im Januar 2024 bei 31,0 %, in Sachsen-Anhalt im April 2024 bei 29,0 % und in Brandenburg im April 2024 bei 26,0 %. Zwar beziehen sich die Fragen auf Landtagswahlen, aber man kann sie auf die Präferenzen bei der Bundestagswahl weitgehend generalisieren (vgl. Krumpal und Rauhut 2008). Im Vergleich zu den AfD-Präferenzen in den ostdeutschen Bundesländern liegt die AfD-Präferenz unter den Bundesbürgern (die Mehrheit in Westdeutschland) – bezogen auf die Bun-

tion von Unzufriedenheit für eine stärkere Resistenz gegenüber Einflüssen, die in Krisenzeiten zu einem „Rally round the flag“-Phänomen, zu einer Identifikation mit dem Regierungshandeln führen (dazu vgl. Reuband 2023:395ff.)? Verbleiben die Einstellungen auf ihrem bisherigen Niveau und durchlaufen nicht die Entwicklung, wie sie sich in den westlichen Bundesländern zeigt?

Dies ist nach den vorliegenden Daten nicht ganz ausgeschlossen. Dass die Entwicklung in Ostdeutschland im Gefolge der Corona-Krise eine andere sein könnte als in Westdeutschland, das legen – für die ostdeutschen Bundesländer als Ganzes – Befunde aus der „Mitte-Studie“ nahe. Sie verzeichneten im Vergleich der Jahre 2019 zu 2021 einen Rückgang rechtsextremer Einstellungen unter den Westdeutschen, während unter den Ostdeutschen die Werte stagnierten oder es auf einzelnen Subdimensionen sogar einen Anstieg gab (Küpper et al. 2021b:90). In welchen ostdeutschen Bundesländern diese Entwicklung besonders ausgeprägt war, lässt sich der Publikation nicht entnehmen, die Fallzahlen dürften für vertiefende Analysen auf Länderebene in dieser Studie ohnehin zu gering sein. Dabei verbirgt sich hinter den ostdeutschen Verhältnissen durchaus eine gewisse Heterogenität auf Länderebene, in Fragen des Rechtspopulismus als auch des Rechtsextremismus (Yendell und Pickel 2020:70, 75, Pokorny und Roose 2024:87).

Wie sich die Entwicklung politischer Einstellungen in Ostdeutschland auf der Bundesländerebene von der Vor-Corona-Zeit bis in die Nach-Corona-Zeit hin vollzog, dazu liegen seit kurzem⁴ neuere Befunde aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen vor: und zwar für Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Es handelt sich um die Bundesländer, in denen im Jahr 2024 Kommunal- und Landtagswahlen stattfinden und wo – wie in Thüringen und Sachsen – der AfD-Wähleranteil in der Bevölkerung besonders groß ist.⁵ Nicht wenige politische Beobachter sehen in dem Ausgang dieser Landtagswahlen ein Vorzeichen für die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems und die politische Kultur in der Bundesrepublik, und dies nicht nur in Bezug auf die ostdeutschen Länder: Gelingt es der AfD, stärkste Partei zu werden? Für Sachsen-Anhalt ist es bislang (noch) zu keiner Veröffentlichung der jüngsten Erhebung in der Serie des Sachsen-Anhalt-Monitors

destagswahl – beträchtlich niedriger: Im April 2024 belief sie sich auf 17,0 %. Damit war sie lediglich (nahezu) halb so hoch wie der AfD-Anteil – bezogen auf die jeweilige Landtagswahl – in den ostdeutschen Bundesländern (DAWUM 2024).

⁴ Sie wurden erst nach der Veröffentlichung unseres Beitrags, der sich auf die Bundesrepublik als Gesamtheit und die Verhältnisse bis 2023 bezieht (Reuband 2023), publiziert oder bekannt. Sie beinhalten als jüngstes Erhebungsdatum das Jahr 2022 oder 2023.

⁵ Die Erhebungen sind jeweils einem festen Rhythmus unterworfen, sie sind nicht speziell auf zukünftige Landtagswahlen hin konzipiert.

gekommen.⁶ Und für Mecklenburg-Vorpommern mangelte es bisher an Ansätzen, ein entsprechendes Demokratie-„Monitoring“-System zu etablieren.

Weitere Erhebungen, die den Zeitraum vor, während und nach der Corona-Krise auf der Einstellungsebene abdecken, gibt es auf Bundesländerebene nicht, nicht mal für westdeutsche Länder⁷ – mit Ausnahme von Berlin. Berlin, dessen Bevölkerung vor der Wende mehrheitlich in West-Berlin oder Westdeutschland ansässig war⁸, ist in unserem Zusammenhang von besonderem Interesse, weil sich dort im Gegensatz zu den oben genannten ostdeutschen Bundesländern seit 2019 kein nennenswerter Anstieg des AfD-Wählerpotentials ereignet hat: Im März 2019 äußerten in Umfragen 11,0 % eine AfD-Präferenz im Hinblick auf die Wahl zum Abgeordnetenhaus, im Februar 2023 10,0 % und im Januar 2024 13,0 % (DAWUM 2024). Bedeutet dies, dass die Entwicklung der politischen Einstellungen in Berlin einen anderen Weg eingeschlagen hat als in den ostdeutschen Bundesländern? Kam es hier womöglich zu keinem Anstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen?

2. Methodische Grundlagen

Die Umfragen auf Bundesländerebene, die im Folgenden zur Beschreibung der Einstellungstrends herangezogen werden, reichen von 2016 bzw. 2019⁹ bis 2022 bzw. 2023. Sie erfassen somit die Zeit vor der Corona-Krise bis in die Zeit danach. Sie sind als repräsentative Erhebungen der Bevölkerung ab 18 Jahren angelegt. Die Zahl der Befragten liegt jeweils zwischen rund 1.000 und 2.000 Personen. Methodisch unterscheiden sich die Studien teilweise in der Art der Stichprobe,

⁶ Der Auftrag für die Forschung im Jahr 2023 wurde (bedauerlicherweise) an ein anderes Forschungsteam (ein Marktforschungsinstitut) als in den Jahren zuvor vergeben. Der Bericht wurde wegen des Vorwurfs von Plagiaten von der Webseite der Landeszentrale für politische Bildung zurückgezogen und ist nicht erhältlich.

⁷ Es gab in der Vergangenheit allenfalls Ansätze dazu – so in Baden-Württemberg (Baden-Württemberg Stiftung 2015, 2019) –, aber diese wurden nicht kontinuierlich fortgeführt. Seit jüngerer Zeit gibt es vereinzelt auf der Ebene von Städten Ansätze eines Demokratie-Monitoring (so für Leipzig). Inwieweit sich dieses Bemühen verstetigen wird, bleibt abzuwarten. Insgesamt entfallen alle derzeitigen „Demokratie-Monitor“-Projekte, die auf Bundesländerebene ausgerichtet sind, auf Ostdeutschland – was sicherlich kein Zufall ist angesichts der dort im Vergleich zum Westen geringeren Politikzufriedenheit und größeren AfD-Affinität der Bevölkerung. Der Forschungsbedarf zum Thema wird angesichts dessen umso höher angesetzt.

⁸ 21 % der Berliner wuchsen überwiegend in Ostdeutschland auf, 7 % im Ausland. Der übrige Teil – die große Mehrheit – wuchs in Westberlin oder Westdeutschland auf (vgl. Küpper et al. 2021a:58). Eine Untergliederung der Befunde aus dem Berlin-Monitor, die eine Analyse für die einst West- und einst Ostdeutschen erlaubt, liegt nicht vor.

⁹ Einzig der Thüringen-Monitor umfasst unter den hier betrachteten ostdeutschen Umfrageserien auch Umfragen aus der Zeit vor 2016. Die anderen Umfrageserien erlauben Vergleiche hingegen erst ab dem Jahr 2018 bzw. 2019. Die Thüringer Befunde aus der Zeit vor 2016 sind gelistet in Reiser et al. (2020).

in der Art des Erhebungsverfahrens und im eingesetzten Frageinstrumentarium. Dass in einigen Erhebungen die wahlberechtigte Bevölkerung die Basis bildet, in anderen die ansässige Wohnbevölkerung – einschl. der Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit –, stellt dabei das geringste Problem dar. Denn wo Ausländer in die Umfrage einbezogen wurden, stellen sie aufgrund ihrer unterproportionalen Beteiligung einen nahezu vernachlässigenswerten Anteil dar. Im Berlin-Monitor z.B., wo besondere Anstrengungen unternommen wurden, Ausländer in die Untersuchung mit einzubeziehen und Fragebögen in unterschiedlichen Sprachen zur Verfügung standen, belief sich ihr Anteil nicht höher als auf 3 % (Celik 2024:15).

Bedeutsamere Unterschiede bestehen im Modus der Erhebung: Einige Umfragen erfolgten telefonisch (Thüringen-Monitor), andere face-to-face (Sachsen-Monitor), auf der Basis eines Online-Access-Panels (Brandenburg) oder auf der Grundlage einer Kombination von Telefon- und Online-Access-Panel (Berlin). Beim Berlin-Monitor erfolgte die erste Erhebung in der Serie der Befragungen telefonisch. Telefonische und postalische Verfahren wurden erst in späteren Erhebungen kombiniert. Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Erhebungsmodus bei manchen Themen einen Effekt auf das Antwortverhalten ausübt¹⁰, sind einem stringenten Vergleich von Erhebungen mit unterschiedlichem Erhebungsmodus – selbst bei identisch formulierten Fragen – gewisse Grenzen gesetzt.

Das Fragespektrum der Erhebungen reicht von Fragen zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bis zu Fragen „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Die Übergänge sind fließend. Was an Indikatoren für Rechtsextremismus verwandt wird, findet sich in der einen oder anderen Weise auch in Studien wieder, in denen der Rechtspopulismus oder Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Bevölkerung das Thema ist (z.B. bei Lewandowsky et al. 2016, Zick et al. 2023). Zudem kann man den Rechtspopulismus und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – die in der Bevölkerung ein breiteres Potential umfassen als der Rechtsextremismus – als Rekrutierungsbasis für den Rechtsextremismus ansehen (vgl. Küpper et al. 2021b:82). Wie groß das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen ausgeprägt ist, ist nicht zuletzt auch eine Funktion der Intensität, mit der die jeweiligen Statements zu dem Thema bejaht werden.

Kennzeichnend für den Rechtspopulismus ist die Kombination populistischer Orientierungen mit Einstellungen, die dem rechten politischen Spektrum zugehören. Das populistische Element besteht in der Beschwörung einer (nahezu)

¹⁰ Bei sensiblen Themen kann es geschehen, dass unterschiedliche Erhebungsverfahren je nach Grad subjektiv erlebter Anonymität Unterschiede im Antwortverhalten hervorbringen. Online-Befragungen (und postalische Befragungen) bieten den höchsten Grad an erlebter Anonymität. Allerdings haben Online-Befragungen – wenn es sich um Access-Panels handelt – oftmals ein Stichprobenproblem und Probleme selektiver Repräsentanz.

unüberbrückbaren Kluft zwischen Volk und Establishment. Es ist eine Dichotomie, die auf antagonistischen Zuschreibungen basiert. Einige Autoren sehen daraus einen Antipluralismus erwachsen, der zur Überbetonung des „Volkswillens“ und zur Abgrenzung gegenüber Fremden und zu ethnozentrischen Ressentiments führt (vgl. Lewandowsky 2017:4) – ob dies ein genuiner quasi-logischer, natürlicher Zusammenhang ist oder Ergebnis historischer Konstellation, darin unterscheiden sich die Ansichten.

Kennzeichnend für den Rechtsextremismus ist die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates mit seinen Elementen von Mehrheitsregeln und Minderheitenschutz sowie dem Ethos fundamentaler Menschengleichheit (Jesse 2018:33). Präferiert wird eine autoritär organisierte „Volksgemeinschaft“, gekennzeichnet durch gemeinsame ethnisch-kulturelle Identität (Lewandowsky 2017:6). Einem Konsenspapier folgend (Kreis 2007) werden üblicherweise dem Rechtsextremismus als Einstellungsmuster die Dimensionen Nationalismus, Befürwortung einer (rechtsautoritären) Diktatur¹¹, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus und Abwertung sozial Unterprivilegierter (auch „Sozialdarwinismus“ genannt) zugerechnet (Neu und Pokorny 2018:167). Die drei erstgenannten Dimensionen decken den Bereich der politisch gefärbten Extremismen ab, die anderen das Spektrum soziokultureller Extremismen. Letztere finden sich ebenfalls mit entsprechenden Indikatoren in den Arbeiten zum Rechtspopulismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.¹²

Die in diesem Beitrag herangezogenen Studien erfassen nahezu alle relevanten Dimensionen mit mindestens einem, in vielen Fällen mit mehreren Indikatoren.¹³ Einzeln genommen müssen die Statements, die als Indikator für den zu messenden Sachverhalt dienen, nicht notwendigerweise per se bereits Ausdruck von Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus sein.¹⁴ Diese Zuschreibung erschließt

¹¹ In der Operationalisierung ist nur der Begriff „Diktatur“ ohne weitere politische Spezifikation vorgegeben. Die Bejahung in der Befragung wird in der Literatur mit der Bejahung einer rechten Diktatur gleichgesetzt – sie könnte jedoch ebenso die Bejahung einer linken Diktatur bedeuten.

¹² Kennzeichnend für den Rechtspopulismus ist das populistische Moment – die Kontrastierung von Volkswille und Establishment. Im Fall des Rechtsextremismus muss es dieses Moment nicht geben. Nicht selten verstehen sich die Protagonisten als Elite, welche sich auch gegen den Volkswillen durchsetzt.

¹³ Nicht in diesen Überblicksartikel aufgenommen sind Statements außerhalb der hier betrachteten Dimensionen, wie zur Bestrafung von Verbrechen, Einstellung zur Geschlechterrolle etc., die z.T. in Arbeiten zum Rechtspopulismus oder zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verwandt werden. Die entsprechenden Dimensionen mit Indikatoren sind nur singular in einzelnen der hier diskutierten Erhebungen zu finden und z.T. auch nur in einzelnen Erhebungen der jeweiligen Serie vertreten. Sie eignen sich daher nicht für die hier intendierte Analyse.

¹⁴ Wer meint, es gebe zu viele Ausländer, mag dies z.B. angesichts neuer Gegebenheiten auf die jeweilige Entwicklung beziehen und nicht einem homogenen Bevölkerungsideal folgen. Manches was auf den ersten Blick als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit erscheint, muss es nicht zwangsläufig sein. So stimmte z.B. in einer Dresdner Bevölkerungsbefragung eine Mehrheit sowohl dem

sich meist erst in der Kombination der Statements im Rahmen einer Skala. Aber die Statements sagen gleichwohl auch einzeln genommen etwas über bestehende Einstellungen aus und sind aus dieser Sicht in ihrem Trend-Verlauf von Bedeutung.

Unterschiede zwischen den Studien bestehen auf der Indikatorebene in der Operationalisierung der Antwortformate: Je nach Studie wurde zur Beantwortung eine 4er- oder eine 5er-Skala (mit teils/teils oder unentschieden als Mittelpunkt) eingesetzt oder gar – wie in Brandenburg – eine 7er-Skala und die jeweiligen Pole des Statements in Statementform vorgegeben. In manchen Erhebungen – so im Berlin-Monitor – wurden, um Vergleiche mit anderen Erhebungen anzustellen, Statements sowohl mit einer 4er- als auch 5er-Skala vorgegeben. Die unterschiedliche Praxis hat zur Folge, dass der Anteil zustimmender Antworten bei Einsatz einer 4er-Skala stets höher liegt als bei Einsatz einer 5er-Skala. Im Folgenden wählen wir jeweils den Anteil zustimmender Angaben als Basis des Vergleichs, ungeachtet, ob eine 4er-, 5er- oder 7er-Skala eingesetzt wurde. Damit sind (auch aufgrund der Unterschiede beim Erhebungsverfahren) Vergleiche zwischen den Erhebungen in den unterschiedlichen Bundesländern nur im eingeschränkten Maße möglich¹⁵ – das gilt auch dort, wo es nur darum geht, das Ausmaß des Wandels in Prozentpunkten zu bestimmen. Dies ist aber in diesem Beitrag, in dem es nur um Trendvergleiche geht, nicht von Relevanz.

Satz zu, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe, als auch dem Satz, dass man selbst gern in einer Stadt lebe, in der Menschen aus verschiedenen Ländern leben. Beide Statements werden von einem durchaus nennenswerten Teil der Bevölkerung bejaht (Reuband 2020). Problematisch in seiner Aussagekraft ist ferner das Statement „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als diejenigen, die später zugezogen sind.“ (vertreten im Sachsen-Monitor). Es fehlt sowohl die Spezifikation für die Personen, die zugezogen sind (theoretisch könnte selbst der Zuzug von Deutschen an den Wohnort gemeint sein), als auch eine Spezifikation des Begriffs „Rechte“. Das Statement stammt ursprünglich aus der Forschung zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. Es wird dort dem Konzept der „Etabliertenvorrechte“ zugerechnet und in der Praxis oftmals auch als Ausdruck ethnozentrischer Einstellungen gewertet.

¹⁵ Man könnte allenfalls tentativ bei der Umrechnung einer 5er- in eine 4er-Skala (vgl. Reuband 2023) einen Vergleich versuchen. Die Erhebungen des Thüringen-Monitors und des Sachsen-Monitors weisen hingegen beide eine 4er-Skala mit nahezu identischen Antwortkategorien auf. Hier wären bei einigen Statements, die identisch formuliert sind, Vergleiche möglich, so z.B. für 2023. Dabei erweisen sich die Unterschiede, von Ausnahmen abgesehen, als minimal („durch die vielen Ausländer überfremdet“: Thüringen 59 %, Sachsen 64 % – „unter Umständen Diktatur die bessere Staatsform“ Thüringen 13 %, Sachsen 18 % – „Juden haben einfach etwas Besonderes“ Thüringen 5 %, Sachsen 16 % – „immer der Stärkere durchsetzen“ Thüringen 15 %, Sachsen 17 %). Inwieweit die Verwendung telefonischer Interviews (Thüringen) anstelle von face-to-face Interviews (Sachsen) zu Unterschieden mit beigetragen haben, ist eine offene Frage (wenn soziale Erwünschtheitseffekte aktiviert werden, dann eher in den telefonischen Befragungen).

3. Die Trends auf der Bundesländerebene im Vergleich

3.1 Thüringen

Inhaltlich und erhebungsbezogen am interessantesten ist unter den hier herangezogenen Studien der Thüringen-Monitor: inhaltlich, weil in Thüringen – neben Sachsen – der AfD-Wähleranteil am höchsten und hier der rechtsextreme Flügel der AfD mit Björn Höcke als zentraler Repräsentant vertreten ist, die Rechtslastigkeit der AfD in der Wahrnehmung der Bevölkerung deshalb stärker präsent sein dürfte als anderswo. Des Weiteren hat der Thüringen-Monitor erhebungsbezogen einen herausgehobenen Stellenwert: Die Umfragen finden jährlich statt und nicht – wie die in Sachsen, Brandenburg und Berlin – im Abstand mehrerer Jahre. Damit ist es umso besser möglich, Entwicklungen unter dem Einfluss von Ereignissen in kontinuierlicher Weise zu ermitteln.

Dies erlaubt in unserem Zusammenhang, die Zeit der Corona-Krise zu erfassen und zu ermesen, wann der Rückgang rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen einsetzte, in welchem Jahr deren Verbreitung einen Tiefpunkt erreichte und welche Veränderungen daraufhin folgten. Die anderen Trenduntersuchungen liefern dazu keine Angaben. Sie haben den Mangel, die Corona-Zeit nur mit einem Zeitpunkt abzudecken – das Jahr 2020, 2021 oder 2022. Weswegen zentrale Fragen offenbleiben: Welcher Art ist der Verlauf zwischen den Jahren? Gibt es innerhalb der Corona-Zeit Kontinuitäten oder gibt es Brüche, indem die entsprechenden Anteile rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen einen eher erratischen Verlauf nehmen?

In *Tabelle 1* sind die Ergebnisse des Thüringen-Monitors für die Jahre 2016 bis 2023 zusammengestellt. Man kann ihnen entnehmen, dass es von Jahr zu Jahr größere Schwankungen im Anteil zustimmender Angaben geben kann – stichprobenbedingt oder durch Ereignisse mitbeeinflusst. Dass aber darüber hinaus eine spezifische Systematik erkennbar ist. Ihr zufolge ist mit dem Eintreten der Corona-Krise das Ausmaß zustimmender Antworten zu den vorgelegten Statements durchweg gesunken. Die Zahlen von 2020 liegen für alle Dimensionen niedriger als 2019, so z.B. im Fall nationalistischer Einstellungen, der Einschätzung des NS-Regimes oder den ethnozentrischen Einstellungen.

Dass das Jahr 2019 keinen Sonderfall der Vor-Corona-Zeit darstellt und keinen übermäßig hohen Wert repräsentiert, kann man erkennen, wenn man anstelle dieses Jahres das Jahr 2018 oder ein noch früheres als Ausgangsbasis des Vergleichs wählt. Etwas anders scheinen die Verhältnisse nur im Fall des Antisemitismus und der Einstellung zu Diktaturen zu liegen: Hier nimmt das Jahr 2019 einen atypisch hohen Wert ein. Vergleicht man die Zahlen von 2020 mit denen von 2018 und früher erscheint der Rückgang moderater oder gar als nicht existent.

Tabelle 1: Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Aussagen im „Thüringen-Monitor“ im Zeitverlauf (Zustimmung in %) – 4er-Skala

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Differenz 2019– 2023
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland	63	64	64	61	50	48	56	61	0
Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran	25	30	25	34	23	18	20	18	-16
Im nationalen Interesse ist unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	17	14	18	21	15	13	10	13	-8
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten	16	16	18	26	14	11	11	13	-13
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in gefährlichem Maß überfremdet	52	53	58	56	44	42	47	59	+3
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen	37	44	49	45	41	37	41	50	+5
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten wählen.	17	22	25	23	18	9	10	13	-10
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	10	14	9	16	8	4	6	5	-11
Es gibt wertvolles und unwertes Leben	23	24	25	25	22	22	17	20	-5
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	12	18	20	22	17	17	16	15	-7

Quelle: Reiser et al. (2020:90), Reiser et al. (2024:90)

Erhebung: Mai-Juni 2016, Mai-Juni 2017, Juni-Juli 2018, Mai-Juli 2019, September-Oktober 2020, Juni-Juli 2021, September-Dezember 2022, September-November 2023

Antwortkategorien: „Stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab“ (Hier zusammengefasst „stimme voll und ganz“ sowie „stimme überwiegend“ zu)

Die Dimensionen rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen sind in dieser und den folgenden Tabellen jeweils durch einen Strich voneinander getrennt. Je nach Erhebung sind sie durch einen oder mehrere Indikatoren erfasst. In der Reihenfolge der Auflistung handelt es sich (der üblichen Zurechnung in der Literatur zufolge) um die Dimensionen Nationalismus/Chauvinismus – Befürwortung einer (rechtsgerichteten) Diktatur – Verharmlosung des Nationalsozialismus – Ethnozentrismus – Antisemitismus – Abwertung sozial Unterprivilegierter („Sozialdarwinismus“).

Des Weiteren zeigt sich: Der rückläufige Trend, der 2020 mit der Corona-Krise eingesetzt hat, setzt sich in dem folgenden Jahr fort. Die Zahlen für 2021 liegen nahezu alle unter denen von 2020. Der Rückgang ist zwar nicht mehr so stark wie zuvor, aber von der Tendenz her ist der Abwärtstrend ungebrochen. Die Zahlen steigen erst 2022 wieder leicht an, bleiben jedoch hinter dem Niveau vergangener Jahre zunächst zurück. Erst mit dem Jahr 2023 wird bei einer Reihe von Indikatoren das Niveau der Vor-Corona-Zeit erreicht (wie Durchsetzen deutscher Interessen, Überfremdung durch Ausländer). Bei der Mehrzahl aber verbleibt das Ausmaß an Zustimmung zu den rechtspopulistischen und rechtsextremen Statements auch jetzt noch unter dem Vor-Corona-Niveau. Das zeigt sich selbst dann, wenn man die einzelnen Items zu einer Gesamtskala zusammenfasst (vgl. Reiser et al. 2024:Abb. auf S 93).

Am Befund einer überwiegenden Konstanz der Verhältnisse ändert sich auch nichts, wenn man einen noch früheren Zeitpunkt dem Vergleich zugrunde legt. Zieht man nicht das Jahr 2019 (oder 2018) als Ausgangsbasis heran, sondern das Jahr 2016, so ist – ähnlich wie zuvor in der bundesweiten infratest-dimap Studie (2023, dazu Reuband 2023) – kein nennenswerter Anstieg erkennbar. Mit Ausnahme der Indikatoren für Ethnozentrismus (die nun etwas höhere Werte ausweisen) liegen die jüngsten Werte auf annähernd gleichem oder sogar leicht reduziertem Niveau wie im Jahr 2016. In Bezug auf die jüngere Zeit ist also festzuhalten: Von einem Anstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen kann nicht die Rede sein. Ein Anstieg ist nur zu verzeichnen, wenn man die Verhältnisse in der Corona-Zeit selbst als Ausgangspunkt des Vergleichs mit der Gegenwart wählt. Aber die Corona-Zeit stellt, wie anderenorts ausführlicher dargestellt ist (Reuband 2023), eine Ausnahmesituation dar.

3.2 Sachsen

In *Tabelle 2* sind die Ergebnisse des Sachsen-Monitors zusammengestellt. Sie erbringen, ähnlich wie im Thüringen-Monitor und wie in den bundesweiten Erhebungen (Reuband 2023), in der Corona-Zeit nahezu durchgängig einen Rückgang in der Zahl zustimmender Antworten zu den vorgelegten Statements. Dieser Rückgang erstreckt sich mehr oder minder auf alle Indikatoren ungeachtet der Dimension, die sie repräsentieren. Und er ist z.T. von durchaus beträchtlichem Ausmaß: Dass man sich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land durch die vielen Muslime fühle, meinen 2021 z.B. 11 Prozentpunkte weniger Befragte als 2018. Und dass Deutschland eine starke Partei brauche, welche die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpere, meinen 2021 9 Prozentpunkte weniger Befragte als 2018.

Tabelle 2: Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Aussagen im „Sachsen-Monitor“ im Zeitverlauf (Zustimmung in %) – 4er-Skala

	2016	2017	2018	2021	2023	Differenz 2018- 2023
Deutschland sollte bei der Durchsetzung seiner Interessen keine Rücksicht auf andere Länder nehmen	53	63	27	23	40	+13
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	18	15	16	10	11	-5
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	62	42	45	36	42	-3
In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine harte Hand	62	68	55	63	56	+1
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	11	12	12	12	18	+6
Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben	18	14	12	11	17	+5
Durch die vielen Muslime in Deutschland fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land	-	-	49	38	54	+5
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichem Maße überfremdet	58	56	56	40	64	+8
Meine persönliche Umgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet	17	15	21	9	30	+9
Muslimen sollten die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden	33	38	41	29	36	-5
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind	36	34	36	31	43	+7
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	13	11	13	11	16	+3
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der NS-Zeit Opfer waren	25	16	21	22	26	+5
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen	9	8	10	15	17	+7
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben	-	43	50	41	66	+16

– Daten nicht erhoben

Quelle: dimap (2017:32-33), (2018:33-37), (2022:46-47), (2023:31-34) sowie dazugehörige Tabellenbände (einschl. dem zum kumulativen Datensatz für 2016-18: Frage 9, S. 39, Frage 38, S. 305-321; Frage 42, S. 343-371). Die Zahlen differieren in den verschiedenen Berichten/Tabellenbänden z.T. um einen Prozentpunkt (womöglich durch Auf- und Abrundung bedingt).

Erhebung: August-September 2016, Juli-August 2017, Juni-August 2018, November 2021-März 2022, Juni-September 2023

Die Dimensionen rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen (dazu siehe Tabelle 1) sind jeweils durch einen Strich getrennt

Antwortkategorien: „Stimme voll zu – stimme eher zu – stimme eher nicht zu – Stimme gar nicht zu“ (Hier zusammengefasst „stimme voll zu“ und „stimme eher“ zu). Die Zahl derer, welche keine Angabe machen (weiß nicht/keine Angabe), beläuft sich in der Regel auf 3 % und weniger. Diese Befragten sind (im Gegensatz zu den anderen, hier aufgeführten Erhebungen) in den dazugehörigen Publikationen aus der Berechnung nicht ausgeklammert, verschieben im Fall einer Neuberechnung die Werte allenfalls um 1 Prozentpunkt.

Die Zustimmungquote nimmt nach Beendigung der Corona-Zeit wieder zu, so dass die Werte von 2023 nahezu alle wieder über denen von 2021 liegen. Aber sie erreichen nicht zwangsläufig wieder das Vor-Corona-Niveau, wie es 2018 bestand. In manchen Fällen liegen sie niedriger, in den meisten Fällen eher etwas höher. Und in manchen Fällen verlaufen die Entwicklungen innerhalb der gleichen Dimension sogar konträr: Die Aussage, dass Deutschland durch die vielen Ausländer überfremdet sei, wird häufiger bejaht als zuvor. Und es wird häufiger dem Satz zugestimmt, dass man sich selbst in seiner lokalen Umwelt durch die Ausländer überfremdet fühlt. In die gleiche Richtung geht der Verlauf des Statements, dass man sich durch die vielen Muslime manchmal wie ein Fremder im eignen Land fühlt. Ein genereller Anstieg ethnozentrischer Ressentiments spiegelt sich darin jedoch nicht zwangsläufig wider: Dass man Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen sollte, meinten 2023 weniger Befragte als 2018 (und gleich viele wie in den vor 2018 liegenden Jahren). Inwieweit der wahrgenommene Anstieg in der Präsenz von „Ausländern“ – gemeint sind wohl in erster Linie Personen mit Migrationshintergrund – eine Eigendynamik ethnozentrischer Ressentiments bedeutet oder den zwischenzeitlichen Anstieg in der Zahl von Flüchtlingen und Migranten in Deutschland und Sachsen widerspiegelt (oder beides), muss offenbleiben.

Wie sehr die Antworten auf die Fragen auch eine Funktion des lokalen Bezugs sind, der mit der Frageformulierung hergestellt wird, kann man den Angaben zur Wahrnehmung und Beurteilung der Ausländerpräsenz entnehmen. Dass sie sich in ihrer persönlichen Umgebung durch die „vielen Ausländer überfremdet“ fühlen, meinen 2023 30 %. Dass sie sich durch die „vielen Muslime“ in Deutschland wie ein „Fremder im eigenen Land“ fühlen, sagen 54 %. Und dass die Bundesrepublik durch die vielen „Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ sei, meinen 64 %. Letztere Zahl entspricht einer doppelt so hohen Quote wie bei der Frage nach der „Überfremdung“ durch Ausländer in der persönlichen Umgebung. Dass die Zustimmung zu einem Statement erfolgt, das den Begriff der „Überfremdung“ benutzt, sollte man dabei nicht allzu sehr gewichten – gemeint ist wohl in den meisten Fällen, dass man der Ansicht ist, es gebe zu viele Ausländer. Die vorgegebene Terminologie („gefährlich“, „überfremdet“) muss man als Befragter in Kauf nehmen, die Frage lässt andere Antworten nicht zu.¹⁶

¹⁶ Der Begriff der „Überfremdung“ erinnert allzu sehr an nationalsozialistische Terminologie – eine, die bei Rechtsextremen sehr wohl üblich sein mag, bei den Durchschnittsbürgern jedoch nicht üblich sein dürfte. Befragte haben durch die Formulierung keine andere Wahl, als das Statement zu bejahen, wenn sie meinen, es gebe zu viele Ausländer. Welches Verständnis mit der Begrifflichkeit unter den Befragten verbunden wird, welche die Aussage bejahen, dazu siehe Pokorny und Roose (2024).

3.3 Brandenburg

In *Tabelle 3* sind die Ergebnisse des Brandenburg-Monitors dargestellt. Im Gegensatz zu den anderen Studien wurden die Statements in ihren jeweiligen Antwortalternativen bipolar spezifiziert – was die Neigung zur Akquieszenz auf Seiten der Befragten womöglich verringert, aber die Beantwortung in manchen Fällen auch verkompliziert haben mag. Anders als in den übrigen hier diskutierten Studien wurde eine numerische 7er-Skala verwandt, wobei der Wert 4 in der Analyse mit einem mittleren Wert gleichgesetzt wurde (analog zu teils/teils oder unentschieden) und die Zahlen 5 bis 7 als Zustimmung gewertet wurden.

Tabelle 3: Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Aussagen im „Brandenburg-Monitor“ im Zeitverlauf (Zustimmung in %) – 7er-Skala

	2018	2020	2022	Differenz 2018- 2022
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben	54	47	52	-2
Die Deutschen sind den meisten anderen Völkern von Natur aus überlegen	13	11	12	-1
Die Zuwanderung von Ausländern führt dazu, dass man sich fremd im eigenen Land fühlt	54	47	47	-7
Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren nicht die Regeln unseres Zusammenlebens	64	56	56	-8
Wer schon immer in Deutschland lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind	41	37	39	-2
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	16	-	15	-1
Nur wenn sich die Starken gegen die Schwachen durchsetzen, ist die Zukunft unserer Gesellschaft gesichert.	6	-	8	+2
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein bequemes Leben	48	-	55	+7

- Keine Angaben verfügbar

Quelle: Policy matters (2018, 2020, 2022)

Erhebung: Juni-Juli 2018, Juni 2020, Juli-August 2022

Die Dimensionen rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen (dazu siehe Tabelle 1) sind jeweils durch einen Strich getrennt.

Antwortkategorien: Verwendet wurde eine numerische Skala mit 7 Kategorien, deren Endpunkte in Statementform ausformuliert waren. Die oben aufgeführten Angaben beziehen sich auf die Zustimmung zu den oben formulierten Statements. Die Skalenwerte 1 bis 3 bzw. 5 bis 7 wurden jeweils als Zustimmung bzw. Ablehnung gewertet, die Kategorie 4 als neutral.

Übersicht über die auf der Skala als Alternativen ausformulierten Statements

- Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben – Wir sollten uns davor hüten, wieder ein zu starkes Nationalgefühl zu entwickeln.
- Die Deutschen sind den meisten anderen Völkern von Natur aus überlegen – Die Deutschen sind Menschen wie alle anderen auch.
- Die Zuwanderung von Ausländern führt dazu, dass man sich fremd im eigenen Land fühlt – Die Zuwanderung nach Deutschland stellt eine Bereicherung für unsere Gesellschaft dar.
- Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren nicht die Regeln unseres Zusammenlebens – Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren die Regeln unseres Zusammenlebens.

- Wer schon immer in Deutschland lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind – Wer rechtmäßig nach Deutschland zugezogen ist, sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.
- Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß – Juden haben nicht mehr oder weniger Einfluss als andere Menschen auch.
- Nur wenn sich die Starken gegen die Schwachen durchsetzen, ist die Zukunft unserer Gesellschaft gesichert – Unsere Gesellschaft kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Starken Solidarität mit den Schwachen üben.
- Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein bequemes Leben – Die meisten Langzeitarbeitslosen bemühen sich, eine neue Beschäftigung zu finden.

Wie man der Zusammenstellung entnehmen kann, zeigt sich in der Corona-Zeit – in Übereinstimmung mit den Befunden der anderen Studien – ein Rückgang zustimmender Antworten gegenüber der Zeit vor Corona. Dass man endlich wieder Mut zu einem Nationalgefühl haben sollte, meinten z.B. im Jahr 2018 54 % der Befragten, 2020 47 % und 2022 52 %. Nicht immer steigt jedoch der jeweilige Wert, wie in diesem Fall, nach Ende der Corona-Zeit wieder an. Die ethnozentrischen Einstellungen z.B. verharren 2022 auf dem gleichen Niveau wie 2020. Meinten 2018 54 %, sie würden sich wegen der Zuwanderung als Fremde fühlen, sind es 2020 und 2022 jeweils 47 %. Und die Zahl zustimmender Antworten zum Statement, dass die Muslime nicht die deutsche Wertordnung akzeptieren, liegt 2018 bei 64 %, 2020 und 2022 bei 56 %.

Zu dem leichten Rückgang ethnozentrischer Ressentiments gegenüber dem Ausgangsjahr von 2018 mag nicht zuletzt beigetragen haben, dass zur Zeit der letzten Befragung – dem Jahr 2022 – die Migrationsthematik in Brandenburg noch nicht wieder in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Beunruhigung gerückt war. Andere Themen – wie Umweltschutz/Klimawandel sowie Inflation/Preissteigerung – nahmen zu dieser Zeit einen höheren Stellenwert ein (policy matters 2022). Unter diesen Umständen waren die Bedingungen des „Agenda Settings“ nicht sonderlich geeignet, den Abwärtstrend der Einstellungen aus der Corona-Zeit nennenswert zu überlagern und in eine neue Richtung zu lenken. Die Migrationsthematik rückte in der Bundesrepublik erst etwas später wieder in den Fokus und gewann vor allem im Verlauf des Jahres 2023 erheblich an Bedeutung (vgl. Europäische Kommission 2023).

3.4 Berlin

Die Ergebnisse des Berlin-Monitors finden sich in *Tabelle 4*. Im Gegensatz zu den bundesweiten und den hier referierten Studien auf Bundesländerebene lässt sich kein Rückgang rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in der Corona-Zeit erkennen. Im Gegenteil: Das Ausmaß der Zustimmung zu den entsprechenden Statements steigt sogar an – besonders stark beim Statement, dass Deutschland jetzt eine einzige starke Partei brauche, welche die Volksgemein-

schaft insgesamt verkörpern (Anstieg von 19 % auf 31 %). Bei den meisten anderen Statements – einschl. der ethnozentrischen – lassen sich ähnliche, wenn auch weniger stark ausgeprägte Entwicklungen beobachten.

Tabelle 4: Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Aussagen im „Berlin-Monitor“ im Zeitverlauf (Zustimmung in %) – 5er-Skala (4er-Skala markiert mit*).

	2019	2021	2023	Differenz 2019- 2023
Was unser Land braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland	-	18	33	kA
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben	-	27	43	kA
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht	-	15	30	kA
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	19	26	31	+12
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand verkörpert	10	11	19	+9
Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	4	7	8	+4
Die Anzahl der Muslime in Deutschland ist zu hoch*	29	-	42	+13*
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet	13	21	30	+17
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen	9	20	28	+19
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat schicken	6	12	18	+12
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden*	13	-	21	+8*
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß	3	8	15	+12
Die Juden und Jüdinnen haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	6	5	12	+6
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen	4	5	13	+9

– Keine Daten erhoben, kA= keine Angabe

* 4er-Skala

Erhebung: März-April 2019, September-November 2021, Mai-Juni 2023

Quelle: Pickel (2024:64), Decker et al. (2024:137-139)

Die Dimensionen rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen (dazu siehe Tabelle 1) sind jeweils durch einen Strich getrennt.

Antwortkategorien: Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei der Antwortskala der Statements um eine 5er-Skala mit den Kategorien „lehne völlig ab – lehne überwiegend ab – stimme teils zu, teils nicht zu – stimme überwiegend zu – stimme voll und ganz zu“. Ausgewiesen ist jeweils der Anteil derer, welche dem Statement „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmt. Statements, die mit einem Stern * gekennzeichnet sind, basieren auf einer 4er-Skala mit den Kategorien „stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – stimme nicht zu – stimme überhaupt nicht zu“. Ausgewiesen ist der Anteil derer, die „voll und ganz“ und „eher“ zustimmen. Der Anteil zustimmender Antworten ist bei der Verwendung einer 4er-Skala aus methodischen Gründen zwangsläufig größer als beim Einsatz einer 5er-Skala. Dementsprechend ist auch der Differenzwert beim Vergleich der Jahre größer. Differenzwerte sind bei einer 4er- und einer 5er-Skala daher nicht vergleichbar.

Ähnlich wie in den meisten anderen Studien, steigt der Anteil zustimmender Antworten nach Beendigung der Corona-Zeit – von 2021 auf 2023 – an. Was in diesem Fall aufgrund des bisher bereits durchlaufenen Zuwachses bedeutet, dass die Zahlen der Nach-Corona-Zeit den bisherigen Trend fortsetzen und schließlich über denen der Vor-Corona-Zeit liegen. Ein Zuwachs an Zustimmung ist z.T. selbst dort zu verzeichnen, wo sich in den anderen Bundesländern ein deutlicher Rückgang an Zustimmung ereignet hatte. So meinten z.B. in Berlin 2023 mehr Befragte als in der Vor-Corona-Zeit, dass man den Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen solle, während in Sachsen umgekehrt weniger Befragte dieser Aussage zustimmten als in der Zeit vor Corona.

Klammert man die Möglichkeit methodisch bedingter Einflüsse auf die Berliner Ergebnisse aus¹⁷, so bedeuten die beschriebenen Entwicklungen, dass die Verhältnisse in Berlin offenbar einer anderen Eigendynamik unterlagen als in den zuvor genannten ostdeutschen Bundesländern und der Bundesrepublik als Ganzes. Die Entwicklung ist auch deswegen bemerkenswert, weil in den anderen, hier diskutierten Bundesländern in der Bevölkerung ein wachsender Anteil an AfD-Wählern zu verzeichnen war, während es ihn in Berlin im gleichen Zeitraum nicht gab.¹⁸

Theoretisch denkbar wäre, dass der Befund, wonach der AfD-Wähleranteil in Berlin keinen Anstieg durchlief, auf die Art der erfragten Wahl zurückgeht: Die Frage zur Wahlpräferenz bezieht sich auf die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und damit auf eine lokale Wahl. Im Fall von Thüringen, Sachsen und Brandenburg handelt es sich hingegen um eine Frage zur Landtagswahl. Bei Landtagswahlen ist ein vergleichbarer enger lokaler Bezug wie bei einer Kommunalwahl nicht gegeben. Doch die Art der erfragten Wahl stellt keinen Schlüssel zum Paradoxon dar. Würde man die Bundestagswahl als Maßstab nehmen, würde sich das Bild weitgehender Stabilität nicht ändern. Im Gegenteil: In der Bundestagswahl 2021 lag der AfD-Zweitstimmenanteil in Berlin (8,4 %) sogar niedriger als 2017 (12,0 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2021:6).

Ebenso wenig bietet eine Erklärung, dass bei der Trendbeschreibung des AfD-Wählerpotentials auf Umfragen zurückgegriffen wurde. Würde man anstelle der

¹⁷ Während 2018 die Befragung telefonisch stattfand, wurden 2020 und 2022 jeweils rund ein Drittel der Berliner Online befragt. Gesetzt den Fall, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen aus sozial erwünschten Antwortneigungen in Telefonbefragungen seltener als in Online-Befragungen geäußert werden, hieße dies: Die Zahlen für 2019 unterschätzen das Ausmaß an Zustimmung zu den vorgelegten Statements. Im extremsten Fall könnte dies bedeuten, dass sich die Zahlen von 2023 nur marginal von denen des Jahres 2019 unterscheiden, sie womöglich gar niedriger liegen. Nach Auskunft der Autoren ergab die Prüfung jedoch nur geringe Unterschiede in den Ergebnissen zwischen der Online- und der telefonischen Befragung (persönliche Mitteilung).

¹⁸ Die konträre Entwicklung besteht auch dann, wenn man den AfD-Wähleranteil auf den Zeitraum der jeweiligen Befragung bezieht. Es handelt sich also nicht um zufällige Konstellationen, die erratischen Bedingungen unterliegen und nichts über den Zeitpunkt der Erhebung aussagen.

Umfragen das amtliche Wahlergebnis zum Abgeordnetenhaus heranziehen, wäre der AfD-Anteil wie im Fall der Bundestagswahl rückläufig (2016 14,2 %, 2023 9,1 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2023:6). Von einem Anstieg des AfD-Wählerpotentials kann in Berlin, sowohl gemessen an den Wahlpräferenzen in Umfragen als auch dem Wahlverhalten selbst, mithin nicht die Rede sein.

4. Schlussbemerkungen

Was bleibt als Resümee? Die Ergebnisse der Erhebungen in den ostdeutschen Bundesländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg bekräftigen den Trend, der zuvor bereits bei einer Bestandsaufnahme bundesweiter Befragungen beschrieben wurde: ein Rückgang rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in der Zeit der Corona-Krise und ein darauffolgender Anstieg, der zu Zahlen führte, die denen der Vor-Corona-Zeit weitgehend ähneln. In Thüringen wurden in der jüngsten Umfrage gar die Werte der Vor-Corona-Zeit leicht unterschritten – was umso bemerkenswerter ist, als in diesem Bundesland mit Björn Höcke der extremistische Flügel das Bild der AfD bestimmt und der AfD-Wähleranteil in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist.

Eine vergleichbare Entwicklung wie in den drei ostdeutschen Bundesländern ließ sich in Berlin nicht feststellen. Hier verzeichneten die Umfragen keinen Einschnitt während der Corona-Krise, sondern einen über die Zeit steigenden Anteil an Personen, die rechtspopulistischen und rechtsextremen Aussagen zustimmten. Welche Gründe dafür auch verantwortlich sein mögen – eine Generalisierung der Berliner Befunde auf die Verhältnisse in den ost- und westdeutschen Bundesländern ist angesichts der andersgearteten Befunde der übrigen Erhebungen jedenfalls nicht angebracht.

Dass die Verhältnisse in den hier betrachteten ostdeutschen Bundesländern (ebenso wie in der Bundesrepublik als Ganzes) 2023 denen der unmittelbaren Vor-Corona-Zeit ähneln (2018 bzw. 2019), steht in deutlichem Kontrast zum steigenden Anteil des AfD-Wählerpotentials in der gleichen Zeit. Daran wird deutlich, dass ein steigender Anteil des AfD-Wählerpotentials nicht notwendigerweise die Folge eines Anstiegs rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung sein muss. Ein Anstieg kann auch dann stattfinden, wenn der Anteil von Personen mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen durch die Partei vermehrt ausgeschöpft wird.¹⁹ Und er kann stattfinden, wenn sich unter den Wählern vermehrt Personen einfinden, die ihr Wahlverhalten als bloßen generalisierten Protest verstehen. Dass bei ihnen eine Art ideologische Grundierung existiert, welche die Distanz zur AfD reduziert und diese Partei

¹⁹ Dies ist z.B. die Interpretation eigener Umfragen aus den Jahren 2016 und 2023 bei Infratest-dimap (2023); nähere Daten dazu werden aber nicht vorgelegt.

wählbar macht, muss dies nicht ausschließen.²⁰ Aber die Grundierung muss nicht so ausgeprägt sein wie bei denjenigen, die sich issuespezifisch – aufgrund der Programmatik, für welche die AfD steht (insbesondere in Fragen der Zuwanderung) – für diese Partei entscheiden.

Bemerkenswerterweise gilt für Berlin ein andersgearteter Zusammenhang als für die hier einbezogenen ostdeutschen Bundesländer: Einem steigenden Anteil rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung steht ein weitgehend stabiler Anteil des AfD-Wählerpotentials gegenüber. Dies legt nahe, dass eine steigende Ausbreitung rechtspopulistischer und rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung nicht zwingend in eine entsprechende Wahlpräferenz umgesetzt wird. Andere Einflussfaktoren (welche diese sind, muss weiteren Analysen vorbehalten bleiben) sind offensichtlich in der Lage, eine Umsetzung in das Wahlverhalten zu vermeiden (oder zu verzögern).

Dass das politische Selbstverständnis nicht notwendigerweise kongruent mit den Einstellungen ist, die man vertritt, das legte vor langer Zeit bereits Philip Converse (1965) dar. Und es haben – auf der Individualebene – ebenfalls quantitativ und qualitativ angelegte Studien aus Thüringen deutlich gemacht, welche die Komplexität von Einstellungsstrukturen offenbar werden ließ (Best und Vogel 2022). Unter welchen Bedingungen rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Wahlverhalten umgesetzt werden und welchen Stellenwert generalisierte Protestmotive haben, bedarf – auch angesichts der beschriebenen Paradoxien im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der AfD – weiterer Forschung. Dabei wird auch dem politischen Meinungsklima in der sozialen Umwelt und den sozialen Netzwerkbeziehungen Rechnung zu tragen sein.²¹

Literatur

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2021): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Berlin (https://www.berlin.de/wahlen/historie/bundestagswahlen/ergebnisberichte/sb_b07-01-03_2021j04_be_bt-2.pdf?ts=1712315423; Zugriff 07.05.2024)

²⁰ Zu einer differenzierten Erfassung von Protestmotiven und ideologischer Grundorientierung bei AfD-Wählern siehe z.B. Schäfer und Reinl (2022).

²¹ Die Wahlpräferenz wird nicht nur durch die eigenen Einstellungen zu den Parteien, sondern ebenso durch die wahrgenommenen Parteipräferenzen in der engeren persönlichen Umwelt mitbeeinflusst. Erst in dieser Kombination kristallisiert sie sich heraus (vgl. Reuband 1971:554). Zur Wahrnehmung sozialer Umwelten und den dort imaginierten oder realen politischen Präferenzen siehe – am Beispiel von PEGIDA-Teilnehmern – Reuband (2024); zum Stellenwert sozialer Netzwerkbeziehungen für die politische Meinungsbildung und Wahlverhalten siehe u.a. Zuckerman (2005), Sinclair (2012).

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023); Wiederholungswahl am 12. Februar 2023. Berlin (https://www.berlin.de/wahlen/wahlen/wahlen-2023/ergebnisse/sb_b07-02-03_2023j05_be_79a_pdf.pdf?ts=1705017643; Zugriff 07.05.2024)
- Baden-Württemberg Stiftung (2015): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/14. Kurzbericht der Studien zu Demokratie und Partizipation. Wiesbaden
- Baden-Württemberg Stiftung (2019): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/17. Studien zur Demokratie und Partizipation. Wiesbaden
- Baier, D. (2022): Sozio-politische Einstellungen in der Schweizer Bevölkerung vor und während der Covid 19-Pandemie. Zürich (https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/25200/3/2022_Baier_Sozio-politische-Einstellungen-CH-Covid.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Best, H. und L. Vogel (2022): Was messen wir, wenn wir 'Rechtsextremismus' messen? Eine Validierung auf der Grundlage des THÜRINGEN-MONITORS, in: A. Beelmann und D. Michelsen, Hrsg., Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden, S. 27-56
- Brettfeld, K., R. Endtricht, D. Farren, J. Fischer, J. Kleinschnittger und P. Wetzels (2023): Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland seit 2021: Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH, in: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande und D. Rieger, Hrsg., MOTRA Monitor 2022. Wiesbaden, S. 68-109
- Celik, K. (2024): Stichprobe und Methoden der Repräsentativbefragung, in: G. Pickel, O. Decker und K. Reimer-Gordinskaya, Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen. Berlin S. 3-18 (https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2024/01/BerlinMonitor_2023_Zeiten-multipler-Krisen_Web.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Converse, Ph. (1964): The nature of belief systems in mass publics, in: D. Apter, Hrsg, Ideology and discontent. New York, S. 206-261
- DAWUM (2024): Darstellung und Auswertung von Wahlumfragen (<https://dawum.de/>; Zugriff 07.05.2024)
- Decker, O., F. Kalkstein, K. Celik und G. Pickel (2024): Die Bedrohung der demokratischen Gesellschaft, in: G. Pickel, O. Decker und K. Reimer-Gordinskaya, Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen. Berlin, S. 129-155 (https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2024/01/BerlinMonitor_2023_Zeiten-multipler-Krisen_Web.pdf; Zugriff 07.05.2024)

- Dimap (2017): Sachsen-Monitor 2017. Ergebnisbericht (https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/Ergebnisbericht_Sachsen-Monitor_2017.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Dimap (2018): Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht (<https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html>; Zugriff 07.05.2024)
- Dimap (2022): Sachsen-Monitor 2021/22. Ergebnisbericht für die Sächsische Staatskanzlei (https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2021_22.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Dimap (2023) Sachsen-Monitor 2023. Ergebnisbericht für die Sächsische Staatskanzlei (<https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/dimap-Ergebnisbericht-Sachsen-Monitor-2023.pdf>; Zugriff 07.05.2024)
- Europäische Kommission (2023): Eurobarometer 100. Die öffentliche Meinung in der europäischen Union. Befragung Okt.-Nov. 2023. Brüssel
- Harfst, Ph., S.T. Franzmann, J. Helmer und S. M. Kühnel (2023): Die Systemunterstützung in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33, S. 635-658
- Heller, A., O. Decker, V. Clemens, J.M. Feger, S. Heiner, E. Brähler und P. Schmidt (2022): Changes in authoritarianism before and during the COVID-19 pandemic: comparison of latent means across East and West Germany, gender, age and education, in: Frontiers in Psychology, Sec. Quantitative Psychology and Measurement, 25. July 2022
- Infratest-dimap (2023): Umfrage zur aktuellen politischen Stimmung in Deutschland September 2023. Eine repräsentative Studie im Auftrag der ARD (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-extra-afd-100.html>; Zugriff 07.05.2024)
- Jesse, E. (2018): Grundlagen, in: E. Jesse und T. Mannewitz, Hrsg., Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden, S. 23-58
- Kreis, J. (2007): Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 12, Berlin (<https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/19527/ahosz12.pdf>; Zugriff 07.05.2024)
- Krumpal, I. und H. Rauhut (2008): Zum Ausmaß der bundespolitischen Politikverflechtung bei Landtagswahlen in Deutschland 1996 bis 2000, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 39, S. 249-269
- Küpper, B., W. Berghan, A. Zick und M. Rump (2021a): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen, in: A. Zick und B. Küpper, Hrsg., Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 43-74

- Küpper, B., A. Zick und M. Rump (2021b): Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21, in: A. Zick und B. Küpper, Hrsg., Die geforderte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 75-111
- Lewandowsky, M. (2017): Was ist und wie wirkt Rechtspopulismus?, in: Bürger & Staat, 67, Heft 1, S. 4-10
- Lewandowsky, M., H. Giebler und A. Wagner (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: Politische Vierteljahresschrift, 57, S. 247-275
- Muis, Q. und T. Reeskens (2022). Are we in this together? Changes in anti-immigrant sentiments during the COVID-19 pandemic, in: International Journal of Intercultural Relations, 86, S. 203-216
- Neu, V. und S. Pokorny (2018): Extremistische Einstellungen und empirische Befunde, in: E. Jesse und T. Mannewitz, Hrsg., Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden, S. 161-204
- Petersen, T. (2023): Protest und die Sorge vor Einwanderung. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 196 vom 24. August 2023 (https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_August2023_AfD.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Pickel, G., O. Decker und K. Reimer-Gordinskaya (2024): Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen. Berlin (https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2024/01/BerlinMonitor_2023_Zeiten-multipler-Krisen_Web.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Pickel, G. (2024): Antimuslimische Einstellungen und antimuslimischer Rassismus, in: G. Pickel, O. Decker und K. Reimer-Gordinskaya, Der Berlin-Monitor 2023. Berlin in Zeiten multipler Krisen. Berlin, S. 61-89 (https://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2024/01/BerlinMonitor_2023_Zeiten-multipler-Krisen_Web.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Pokorny, S. und J. Roose (2024): „Nur nicht, dass der Verfassungsschutz bei mir klingelt“. Zur Verbreitung rechts- und linksextremistischer Einstellungen in Deutschland (Konrad Adenauer Stiftung, Forum Empirische Sozialforschung). Berlin (<https://www.kas.de/de/einzelitel/-/content/repraesentative-umfrage-zur-verbreitung-rechts-und-linksextremistischer-einstellungen-in-deutschland>; Zugriff 08.05.2024)
- Policy matters (2018): Brandenburg-Monitor 2018. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Berlin (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf; Zugriff 07.05.2024)

- Policy matters (2020): Brandenburg-Monitor 2020. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Berlin (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/BB_Monitor_2020.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Policy matters (2022): Brandenburg-Monitor 2022. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Berlin (<https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.746657.de>; Zugriff 07.05.2024)
- Reiser, M., H. Best, A. Salheiser, O. Fürnberg, J. Hebenstreit und L. Vogel (2020): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringer Monitor 2019. Jena (https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thueringen-Monitor-2019-Zusammenfassung.pdf; Zugriff 07.05.2024)
- Reiser, M., A. Küppers, V. Brandy, J. Hebenstreit und L. Vogel (2024): Politische Kultur in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023. Jena (<https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/thueringen-monitor-neu/tm2023.pdf>; Zugriff 07.05.2024)
- Reuband, K.-H. (1971): Die Bedeutung der Primärumwelten für das Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 23, 1971, S. 544-567 (<https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-13228/S0090822.pdf>, Zugriff 07.05.2024)
- Reuband, K.-H. (2020): Rechtspopulistischer Protest – eine Folge lokaler politischer Kultur? Dresden als Entstehungs- und Veranstaltungsort der PEGIDA-Kundgebungen, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 26, S. 132-157 (<https://doi.org/10.25838/oaj-mip-2020132-157>, Zugriff 07.05.2024)
- Reuband, K.-H. (2023): Gibt es eine „alarmierende“ Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung? Widersprüchliche Befunde, offene Fragen und die Corona-Zeit als Sonderfall der Entwicklung, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 29, S. 377-419 (<https://doi.org/10.24338/mip-2023-377-419>; Zugriff 07.05.2024)
- Reuband, K.H. (2024): Soziale Imagination und interpersonale Kommunikation. Pluralistische Ignoranz und Redebereitschaft unter Anhängern rechtspopulistischer Bewegungen – das Beispiel PEGIDA, in: Zeitschrift für Politik, 78, S. 103-144
- Schäfer, C. und A.-K. Reinl (2022): Mit der Demokratie versöhnt? Die Demokratiezufriedenheit von AfD-WählerInnen im Nachgang zur Bundestagswahl 2017, in: H. U. Brinkmann und K.-H. Reuband, Hrsg., Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden, S. 85-109
- Sinclair, B. (2012): The social citizen. Peer networks and political behavior. Chicago und London

- Yendell, A. und G. Pickel (2020): Sind Sachsen besonders anfällig für Rechtsextremismus? Politische Einstellungen in Sachsen im Ländervergleich, in: U. Backes und S. Kailitz, Hrsg., Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen, S. 61-80
- Zick, A., B. Küpper und N. Mokros (2023), Hrsg., Die distanzierte Mitte. Rechts-extreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn (<https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>; Zugriff 07.05.2024)
- Zuckerman, A.S. (2005), Hrsg., The social logic of politics. Personal networks as contexts for political behavior. Philadelphia